

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. befähigte Blatt

Bezugspreis: mit Illustr., Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.— für Selbstabholer 1.80 Mk. — Durch die Post bezogen 2.— Mk. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206.
Postfachkonto: Leipziger Buchdruckerei A. G., Leipzig Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72206. — **Verlag in Leipzig:**
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72206

Inseratenpreise: Die 10. Spalte, Kolonelle 35 Bg., bei Blankvorricht 40 Bg., Stellenangebote 10 Bg., Kolonelle 25 Bg., Familiennachrichten von Privaten die 10. Spalte, Kolonelle mit 50% Nachsch. Reklamezeile 2 Mk., Inserate v. ausw. die 10. Spalte, Kolonelle 40 Bg., bei Blankvorricht 50 Bg., Reklamezeile 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbeiträgen nehmen die Auszüge, unsere Anzeigenblätter und alle Postanstalten entgegen

„Landesverrat“

Die Gröner-Deuttschrift vor dem Reichstag Zwei Misstrauensanträge der Kommunisten

Berlin, 26. Februar.

Ein großer Tag. Der erste seit der Nachbesserung im Dezember. Schon gegen Mittag waren die Tribünenkarten „ausverkauft“. Das Aushangblatt kündigt marxistisch in diesen Lettern an, daß es im Reichstag Krach geben werde. Tatsächlich waren Vorstandsmaßnahmen getroffen worden, die das bisher übliche Maß weit überschritten haben. Das alles wegen der Deuttschrift über den Panzerkreuzer, und dann war gegen 18 Uhr die Debatte abgeschlossen, ohne daß sich besonders erregende Szenen ergeben hatten. Am Ende lagen zwei Misstrauensanträge der Kommunisten vor, der eine gegen das Gesamtkabinett, der andere gegen den Reichswehrminister, über die am Mittwoch abgestimmt werden soll.

Die gesamte Debatte über die Gröner-Aktion, zu der sich der Verfasser überhaupt nicht geäußert hat, war reichlich leidend. Dies trifft in erster Linie auf die Rede des Interpellanten, den Kommunisten Stöcker, zu. Gewiß hatte er mehrfach durchschlagende Nachfolge. Seine Argumente waren besonders bemerkenswert, wenn man an die engen Freundschaftsbeziehungen denkt, die auch heute noch zwischen führenden Reichswehrkreisen und höchsten Sowjetbehörden vorhanden sind. Jedenfalls hat die Rede Stöckers in allen Kreisen Enttäuschung hervorgerufen. Die Reichswehr und Herr Gröner haben den Kommunisten gewiß Material in Hülle und Fülle in den Schoß geworfen, aber der kommunistische Redner hat nichts damit anzufangen vermocht.

So wurde es dem Kanzler reichlich leicht gemacht, über die Gröner-Aktion hinwegzukommen. Genosse Müller hatte diesmal die Fühler in die Hand genommen. Er hätte dazu verfassungsgemäß das Recht, sofern der Führerwille immer und zur rechten Zeit zur Geltung käme. Jetzt aber stellte er sich schuldig vor den Reichstagsminister und dachte die Unmöglichkeit, die im Ressort Dr. Gröners verborgen worden sind. Er stellte obendrein noch fest, daß die Erklärung der in der Deuttschrift behandelten Fragen zu dem „Pflichtkreis“ des Wehrministers gehört. Von Aufklärung könne jedenfalls keine Rede sein. Dann zitierte er das russische Staatsoberhaupt Kalmus, das bei der Begrüßung des neuen deutschen Gesandten, Dirksen, die guten Beziehungen zwischen Rußland und der deutschen Republik besonders unterstrichen habe. Neben dem Kanzler, der die Deuttschrift verteidigen mußte, sah Herr Dr. Gröner und lächelte verständnisvoll in sich hinein.

Genosse Stampfer, der Redner der sozialdemokratischen Fraktion, wies gewiß auf die politischen Dummheiten der Deuttschrift hin, auf den sagenhaften Konflikt zwischen Italien und der

Tschechoslowakei, der neben Duhend anderen die Notwendigkeit des neuen Panzerkreuzers begründen sollte. Er stellte dem „politischen Hochwasser“ in der Sozialdemokratischen Partei die „politische Ebbe“ bei den Kommunisten gegenüber. Zuletzt freilich hatte Stampfer zwei Probleme zu behandeln, und er war einigermaßen froh, auf das zweite Thema übergehen zu können. Das war die von den Deutschnationalen planmäßig geförderte Landesverratsche. Und Stampfer ist neben den Mitarbeitern des Klassenkampfes auf der Anklagebank. Gegen Stampfer und Wels war von der deutschnationalen Fraktion Anzeige wegen Landesverrats erstattet worden. Darum sprach Stampfer in eigener Sache, und dabei geriet er in scharfen Wortwechsel mit den Deutschnationalen, insbesondere aber mit Westarp, der hysterisch in den Saal hineinkreischte. Er martierte theatralisch den Sittenrichter, weil Stampfer von den unanständigen Kampfmethoden der Deutschnationalen sprach.

Der sozialdemokratische Redner wies auf die Anschuldigungen, die Herr v. Vindeiner-Wildau gegen Stampfer und Wels erhoben hatte, hin. Bekanntlich haben die Deutschnationalen die Behauptung aufgestellt, daß beide mit einer Schriftstellerin Valentin verhandelt hätten. Wels rief dagegen, daß er diese überhaupt nicht kenne, und Stampfer legte dar, daß diese Frau Valentin geschäftsführendes Mitglied eines Komitees für internationale Aussprache sei, der gleichzeitig auch Herr Vindeiner-Wildau als Mitglied angehört. Damit ergibt sich alles Weitere ganz von selbst. Und um diese Feststellung abzuwehren, brüllten die Deutschnationalen im Chor: Und der Landesverrat im Klassenkampf? Stampfer wies diese Angriffe logisch als innere Angelegenheit der sozialdemokratischen Parteiorganisation zurück, womit er sich weitgehend von jener Notiz unterließ, die der SPD bei Beginn der Landesverratsche in die Presse weitergab.

Nach Stampfer folgte ein Trio von Generalen und Admiralen. Herr v. Lettow-Vorbeck sprach für die Deutschnationalen. Er verwechselte das Parlament mit dem Kaiserhof, und erst durch seine Kommiss-Gebankengänge wurde verständlich gemacht, wie die Gröner-Deuttschrift aufzudecken konnte. Er spielte Rube und Severing gegen die Regierung aus, insbesondere den letzteren, der gegen die Gröner-Deuttschrift in öffentlichen Sitzungen geredet habe. Er weiterte gegen die sozialdemokratischen Wehrprogramme, und besonders die Soldatenräte hatten es ihm angetan. Herr v. Lettow-Vorbeck folgte der Sieger von Münden, gegen den sein Vordränger ein Demofühner war. Herr Brüningshaus von der Volkspartei trat bedingungslos für Herrn Gröner ein.

Damit schloß die „große“ Debatte über die Gröner-Deuttschrift, denn das Zentrum hatte, wie auch die übrigen Parteien, nichts zu sagen.

Ein Staatsstreich in Aussicht?

Es ist den kapitalistischen Schichten zu viel Demokratie und zu viel Parlamentarismus in der deutschen Republik. Sie sind es gewohnt, allein zu bestimmen und allein zu regieren. Daß neben ihnen noch andere Schichten im Volke vorhanden sind, finden sie ganz in Ordnung, soweit diese Schichten ihnen dazu dienen, ihren Reichtum und ihre Macht zu vermehren. Sobald sie aber fordern, daß die Gesetzgebung auch ihre sozialen, politischen und kulturellen Interessen wahrnimmt, sobald sie selber an der Gesetzgebung aktiv gestaltend mitwirken wollen, wehren die Kapitalisten ab und sind nur im harten Kampfe zu zwingen, diesen Forderungen Stüt für Stüt nachzugeben. So weit die in Deutschland bestehende politische Demokratie auch noch davon entfernt ist, eine wahrhafte Demokratie zu sein, die dem Proletariat die Durchsetzung seiner Interessen ermöglicht, so ist sie für die Bourgeoisie doch ein lästiges System, wenn eine stark gewordene Arbeiterbewegung versucht, durch ihre Anwendung die rückständigen Klassenherrschaft der anderen zu beschneiden. Die Bourgeoisie, die als sie selber noch um die Herrschaft kämpfen mußte, sich für Demokratie und Parlamentarismus begeisterte, wird in diesem Stadium der Klassenkämpfe zu einem mehr oder weniger offenen Feind dieser bürgerlichen „Prinzipien“.

Wir sehen es jetzt wieder in Deutschland. Die bürgerlichen Parteien als die Vertreter der kapitalistischen Schichten geben sich die erfolgreiche Mühe, den Nachweis zu erbringen, daß das parlamentarische System und die Demokratie eine für Deutschland ungeeignete Regierungsform darstellen. Es ist ihnen schon recht, wenn alle von der Krise des Parlamentarismus reden, und sie sind weit entfernt davon, von ihrem Machtstreben und von der Durchsetzung ihrer Gruppeninteressen Abstand zu nehmen, um diese Krise zu beheben. Je länger sich diese Krise hinzieht, desto eindringlicher wird die „Unfähigkeit dieses Systems“ bewiesen. Während die einen sich im stillen darüber freuen und sich dabei noch immer als die Anhänger und Freunde des von ihnen gehaltenen Systems aufspielen, gehen die anderen zum offenen Angriff über. Es ist nicht nur der Stahlhelm, dessen Führer in den letzten Monaten wütende Hahaufzüge gegen die Republik und die bestehenden demokratischen Anfänge in ihr ausgegeben haben. Die Angreifer stehen auch nicht nur bei den Stahlhelmen oder den Deutschnationalen, sie sind ebenso zu finden in den Reihen der Stresemann-Partei, des Zentrums und der Demokraten. Freilich enthält nicht jeder die letzten Ziele des Vorstoßes. Viele halten es für klüger, nicht auszusprechen, was der deutschnationale Reichstagsabgeordnete v. Freytag-Loringhoven offen und frech in einem Artikel „Demokratie in Not“ angekündigt hat:

„Die Möglichkeiten des parlamentarischen Systems sind erschöpft. Das System hat sich aufgelöst, und wir auf der rechten Seite sind nicht gewillt, ihm zu weiteren Leben zu verhelfen. . . Wie sich die letzten Zustände eines sterbenden Systems abbilden, ist uns gleichgültig. . . Aber am Ende des Weges steht unter keinen Umständen eine neue parlamentarische Regierung. . . Wir harren ruhig der Entscheidung. Sie ist nicht mehr fern. Wir denken nicht daran, ihr Herannahen gewalttätig beschleunigen zu wollen. Sie kommt. Und wenn sie da ist, werden wir uns Wert geben.“

Hier sind die letzten Hoffnungen herausfordernd ausgesprochen. Sie sind heute Gemeingut großer Teile aller bürgerlichen Parteien und Gemeingut derer im Volke, die ihnen gedankenlos nachlaufen. Die mögliche Anwendung von Diktaturmaßnahmen ist psychologisch gut vorbereitet worden, so daß das Gerede von einem Staatsstreich immer härter wird. Es sind nicht nur Besessenen, die es hören. Der Reichstagsminister Müller hat dieser Tage in einem Artikel geschrieben, daß ängstliche Gemüter bereits den Faschismus vor den Toren sähen. Er behauptet, daß in Deutschland die Diktatur nicht marschieren wird. Der Führer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Genosse Breitfeld, scheint da nicht so ganz sicher zu sein. Er beschwört in einem Artikel „Es ist genug!“ die Deutsche Volkspartei und das Zentrum, nun endlich die Krise zu beenden und sich zu einer Regierung der Großen Koalition zu entschließen.

Sie wissen ebenso gut wie wir, daß im gegenwärtigen Reichstag eine andere tragfähige Mehrheit nicht zu schaffen ist. Sie wissen ebenso gut wie wir, daß eine Auflösung des Parlaments, ganz abgesehen von ihren Bedrohungen für die Verfassung wahrscheinlich kein wesentlich verändertes Bild bringen würde.

Wenn durch eine Auflösung des Reichstags die Verfassung bedroht wird, so eben nur dadurch, daß auch Breitfeld mit der Möglichkeit irgendwelcher Diktaturmaßnahmen rechnet. Wilhelm Sollmann, der Innenminister der ersten Großen Koalition im Jahre 1923, schreibt einen Artikel „Staatsstreich?“, in dem er feststellt, daß die Ansicht, daß mit der vollen parlamentarischen Demokratie nicht mehr auszukommen ist, bis weit hinein in die Reihen des Zentrums und der Demokraten vertreten werde.

So ist es. Wir sind nicht geneigt, die Gefahr, die sich daraus für die Arbeiterklasse ergibt, so leicht zu übersehen,

Stahlhelm-Ehrenmitglied Hindenburg

Die Besprechung, die die Bundesführer des Stahlhelms Seidte und Dürstberg am Sonnabend mit dem Reichspräsidenten Hindenburg gehabt haben, ist so zu Ende gegangen, wie es vorausgesehen war. Der Grund der Zusammenkunft sollte angeblich die Prüfung der Frage sein, ob der Reichspräsident nach den hiesigen Erklärungen der Stahlhelmführer und dem offenen Kampf gegen die Verfassung noch Ehrenmitglied des Bundes bleiben könne. Das Ergebnis ist, daß Seidte und Dürstberg erklärt haben, daß ihre Rundgebungen „häufig verfallend“ würden und daß der Stahlhelm sein Ziel nur auf „legalen Wege“ erreichen wolle. Mit dem Kaiser-Geburts-Artikel, in dem betont wurde, daß das Treueverhältnis zum Kaiser durch keinen anderen Eid gebrochen werden sei, sollte nicht der Dienst der heutigen Beamten in Frage gestellt werden. „Der Stahlhelm lege seit seiner Gründung entscheidenden Wert darauf, daß die ihm angehörenden Beamten sich in vorbildlicher Pflichterfüllung im öffentlichen Dienst betätigen.“ Der Reichspräsident hat diese Erklärung mit Befriedigung entgegengenommen und die Verleumdung abgelehnt, daß er „bei seiner Kenntnis der Ziele des Stahlhelms, dem er seit langem als Ehrenmitglied angehört, keine andere Haltung erwartet hätte“. Dem Reichskanzler und dem Reichsinnenminister hat er davon Kenntnis gegeben und hinzugefügt, daß er keinen Anlaß sehe, seine Ehrenmitgliedschaft beim Stahlhelm niederzulegen.

Wir sehen in diesem Ausgang der Angelegenheit nicht so sehr einen Rückzug der Stahlhelmführer als vielmehr eine neue Blamage der Republik. Hindenburg bleibt also bei jenem Stoßtrupp gegen die Verfassung. Stahlhelm-Ehrenmitglied Präsident der Republik! Wird nun auch die Reichsregierung und die preussische Regierung die Segel streichen und weiter zulassen, daß die Beamten der Republik dem Stahlhelm angehören und sich an den Aktionen gegen die Verfassung beteiligen?

Eine vieldeutige Erklärung

SPD Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei sagte am Dienstag nach längerer Aussprache einstimmig folgende Entschließung:

„Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei billigt die Haltung der preussischen Landtagsfraktion und der Reichstagsfraktion in der Koalitionsfrage. Der Zentralvorstand ist der Ansicht, daß eine fraktionell gebundene Regierung der Großen Koalition nur dann erfolgreich wirken kann, wenn aus staatspolitischen Gründen der gleiche Zustand in Preußen geschaffen wird. Der Zentralvorstand wird infolgedessen nach Beendigung der Reparationsverhandlungen in Paris unter Aufricht-erhaltung seines Beschlusses zur Koalitionsfrage vom November 1928 erneut Stellung zu der politischen Lage nehmen, um die gleichartige Bildung der Koalition im Reich und in Preußen zu erreichen.“

Der Zentralvorstand weiß sich angesichts der Ueberlastung des deutschen Volkes mit Steuern und anderen Lasten, die das Maß des Ertrags bereits überschritten haben, einzig mit der Reichstagsfraktion, daß die Belastung aller Erwerbstätigen nicht weiter gesteigert werden darf, dann aber reich und lässig gesamt werden muß. Ebenso notwendig ist die Inangriffnahme einer umfassenden Reichs- und Verwaltungsreform und die Weiterverfolgung der verfassungsgerechten Anträge der Reichstagsfraktion.“

Rücktrittsabsichten Schäfers?

München, 26. Februar.

Nach einer Meldung des Bayerischen Kuriers hat die Annahme der Steuererhöhung und die Kürzung der Ueberweisungssummen von 120 Millionen durch den Reichsausschuß in den Kreisen der Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei peinliches Aufsehen erregt. Klarheit könne selbstverständlich erst die Abstimmung im Plenum des Reichstages bringen, die vermutlich schon im Laufe der nächsten Woche vorgenommen werde. Falls die Hinderliche Vorlage auch im Reichstagsplenum ohne Änderung angenommen werden dürfte, wie in den Kreisen der Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei betont wird, kann mit dem Rücktritt des Reichspostministers Schäfers gerechnet werden.